Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!* Gleiche Rechte für alle!*

Vorbemerkung

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist im Dezember 2016 aus dem Zusammenschluss der internationalen sozialistischen linken (isl) und des Revolutionär-Sozialistischen Bunds (RSB) hervorgegangen. Sie ist die deutsche Sektion der IV. Internationale. In der Broschüre *Dokumente der Gründungskonferenz der Internationalen Sozialistischen Organisation* (www.intersoz.org) hat sie ihre programmatischen Grundüberzeugungen, ihr politisches Selbstverständnis, ihr Statut sowie eine politische Resolution ("Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen!") veröffentlicht. Ihre Mitglieder arbeiten in Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und breiteren politischen Zusammenhängen.

In den Statuten der ISO heißt es:

"Zweck der ISO ist es, zum Aufbau einer revolutionären Partei und Internationale beizutragen, die uneingeschränkt für die Interessen der abhängig Beschäftigten sowie aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, für die Entmachtung des Kapitals, für sozialistische Demokratie und für eine weltweite klassenlose Gesellschaft eintreten. Organisationsleben und Tätigkeit der ISO bezwecken die Förderung der Kritikfähigkeit, der politischen Bildung und der wirkungsvollen und eigenständigen politischen, auf emanzipatorische Zwecke gerichteten Arbeit ihrer Mitglieder."

Die grundlegende Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse ist nur möglich durch breite Mobilisierung für solidarische Lösungen und demokratische Selbstorganisation von unten. Nur so kann die Macht des Kapitals und seiner politischen Sachwalter gebrochen werden. Nur so können unsere immer mehr in Frage gestellten und ausgehöhlten Rechte verteidigt werden.

Für gemeinsame Aktionen

1 Gutes Leben für alle erkämpfen

Seit Jahrzehnten sind die abhängig Beschäftigten in der Defensive. Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen ist die Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse und der Armut massiv befördert worden. Die anhaltende Massenerwerbslosigkeit drückt zudem auf die Reallöhne. Sie droht durch die begonnene Digitalisierung massiv zu wachsen. **Deshalb: Hartz IV muss weg!**

Wir brauchen:

- Ein Verbot von Entlassungen
- Einen armutsfesten steuerfreien Mindestlohn von mindestens 12,50 Euro/Stunde
- Eine sanktionsfreie Grundsicherung von derzeit mindestens 1.150 Euro im Monat ohne Beseitigung der bisherigen sozialen Zuwendungen
- Die sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und danach die Durchsetzung der 28-Stundenwoche
- Die Durchsetzung des tarifgebundenen Normalarbeitsverhältnisses für alle!

Komitees der Beschäftigten in den Betrieben müssen gemeinsam mit den Betriebsräten überwachen, dass die Arbeitszeitverkürzung nicht von Arbeitsverdichtung aufgefangen wird. Bundesweit und regional koordinierte örtliche Komitees müssen aufgrund der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten kontrollieren, wie Mindestlohn und Grundsicherung anzuheben sind.

2 Gewerkschaftliche Rechte verteidigen und ausweiten

Zunehmend werden betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen durch das Kapital und seine Helfershelfer bekämpft. Zunehmend werden Tarifbindung und Streikrecht eingeschränkt. Die gewerkschaftlichen Organisationsgrade sind – von Ausnahmen abgesehen – rückläufig. Ohne starke betriebliche und gewerkschaftliche Gegenmacht kann aber die arbeitende Klasse ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen nicht verteidigen.

Wir fordern:

- -Wirksame Unterbindung von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung
- Zwingende Tarifbindung für alle Branchen
- Uneingeschränktes Streikrecht!

3 Umverteilung von oben nach unten

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Die Umverteilung von unten nach oben muss durch eine grundlegend andere Steuerpolitik gestoppt und umgekehrt werden. Wegen der systematischen Unterbesetzung der Finanzämter entgehen dem Staat jährlich 70 Milliarden Euro. Von 1982 bis 1990 lag der Spitzensteuersatz

noch bei 56 Prozent. Heute liegt er bei 42 Prozent. Unternehmensgewinne wurden bis zu 56 Prozent besteuert, heute liegt die Körperschaftsteuer für Unternehmen bei 15 Prozent.

Wir fordern:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer bei einer Freigrenze von 500.000 Euro, damit niemand sein selbst genutztes Eigenheim verliert
- Anhebung der Erbschaftssteuer unter voller Einbeziehung von Unternehmenskapital, bis niemand mehr durch das "Privileg der Geburt" von der Arbeit anderer profitiert
- Abschaffung indirekter Steuern wie der Mehrwertsteuer auf alltägliche Konsumgüter
- Einführung einer stark progressiven Einkommenssteuer, die die höchsten Einkommen am meisten belastet und wie die Lohnsteuer an der Quelle erhoben wird.
- Schließen der Steuerschlupflöcher und Steueroasen für Konzerne und Superreiche!

4 Rassistische Angriffe und Spaltung bekämpfen

Gegen die zunehmende rassistische und faschistische Hetze setzen wir auf die konsequente Verteidigung der Menschenund Grundrechte unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Für den Aufschwung der rechten Kräfte und das verrohende gesellschaftliche Klima ist die marktradikale Politik der prokapitalistischen Parteien und der Großen Koalition verantwortlich.

Dem Kapitalismus und den Scheinalternativen von rechts muss mit der Alternative einer demokratischen und sozialen Gesellschaft entgegengetreten werden. Rassismus und Faschismus muss überall, in der Öffentlichkeit, in der Schule, in der Uni oder im Betrieb bekämpft werden.

Wir fordern:

- -Stopp der Kumpanei staatlicher Dienste mit Nazis
- Verteidigung des Asylrechts und offene Grenzen für Menschen in Not
- -Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht der Geflüchteten
- -Legale Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete
- -Gleiche Rechte für alle!

5 Gleichberechtigung durchsetzen

Eigentlich ist alles klar. "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." Zumindest laut Artikel 3 (2) des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Und weiter: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin."

Schön wäre es! Noch immer erhalten in Deutschland Frauen durchschnittlich 21 % weniger Entgelt als Männer. Sie haben häufig ungesicherte, schlecht bezahlte (Teilzeit-) Jobs. Viele arbeiten in unterbezahlten "Frauenberufen".

Oft führen Frauen neben ihrem Beruf den Haushalt, erziehen die Kinder, kümmern sich um kranke oder betagte Angehörige. Frauen sind überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen.

In Krisenzeiten sind Frauen die ersten, die zurückstecken sollen. Rechte Kräfte greifen die bisher erkämpften Erfolge in



Festumzug zum 200. Geburtstag von Karl Marx.

Richtung Gleichberechtigung heute frontal an. Und noch immer sind Frauen sexueller Gewalt am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und in den Medien ausgesetzt.

Die Ziele, für die Frauen seit mehr als hundert Jahren kämpfen, sind längst nicht erreicht.

Wir fordern:

- -Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und an politischen Entscheidungen
- Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- Existenzsichernde Löhne, Gehälter und Renten
- Ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

6 Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende sofort

Die natürlichen Lebensgrundlagen sind höchst gefährdet. Ganz entscheidende Probleme sind die Erwärmung der Erdatmosphäre und der Anstieg des Meeresspiegels. Doch die prokapitalistische Politik in Deutschland ist sogar von den – an sich schon unzureichenden – Klimazielen abgerückt.

Wir fordern:

- -Den schnellstmöglichen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare, dezentral produzierte Energien und sofortiges massives Einsparen von Energie
- -Eine Verkehrswende bei Personen- und Gütertransport hin zur Schiene, von privat zu öffentlich und bei Konversion der Fahrzeugindustrie unter gesellschaftlicher Kontrolle
- Nulltarif in Nahverkehr
- Ausbau gefahrenfreier Wege für FußgängerInnen und RadfahrerInnen
- -Schutz und Ausdehnung natürlicher Flächen
- Stopp der Verbrennung noch vorhandener fossiler Energieträger
- Sofortiger und endgültiger Stopp der Nutzung von Atomenergie!

Die etablierte Politik will uns weismachen, Klima- und Umweltschutz könnten "marktwirtschaftlich" geleistet werden, zum Beispiel mit Ökosteuern oder Emissionshandel. Das Gegenteil ist wahr: Das einzige nachhaltig gelöste globale Umweltproblem ist der Stopp des Abbaus der Ozonschicht. Und wie wurde der erreicht? Durch Handel mit Fluorchlorkohlenwasserstoff-Zertifikaten? Nein, durch Regulierung, durch das schlichte weltweite Verbot der FCKW-Produktion!

7 Schluss mit Waffenexport und Kriegseinsätzen

Mit dem Ende der UdSSR und ihres Warschauer-Pakts 1991 wurde uns eine "Friedensdividende" versprochen. Ursache der Kriege und der Gefahr eines vernichtenden Atomkriegs sei der Kalte Krieg zwischen Ost und West gewesen. Wir aber wissen: Das auf Konkurrenz basierende kapitalistische System selbst ist die Ursache für Krieg, so wie die Wolke den Regen auslöst. Schon seit dem Ende der UdSSR hat eine neue Runde des Wettrüstens begonnen. Immer mehr Stellvertreterkriege werden geführt. Das Geschäft mit Waffen ist mordsmäßig profitabel.

Wir fordern

- Das sofortige Verbot des Rüstungsexports und
- -Die Umstellung der Kriegswaffenherstellung auf die Produktion ziviler Güter unter demokratischer Kontrolle der Belegschaften!

Im Grundgesetz steht, dass die Bundeswehr nur der Lan-

desverteidigung dient. Doch gemäß der herrschenden Politik werden deutsche Interessen auch am Hindukusch und im Sudan "verteidigt".

Wir fordern:

- Sofortiger Stopp der grundgesetzwidrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Die Bundeswehr als stehendes Heer und Berufsarmee ist außerdem eine Bedrohung für Demokratie und Freiheit. Es muss verhindert werden, dass der Reaktion ein solches Mittel gegen streikende ArbeiterInnen und demonstrierende Bevölkerungsteile zur Verfügung steht.

Wir fordern:

- Abschaffung der Bundeswehr als stehendes Heer und ihre Ersetzung durch ein demokratisch organisiertes, auf Landesverteidigung ausgerichtetes Milizsystem nach Schweizer Vorbild!

8 Demokratische Vergesellschaftung

Die seit Jahrzehnten laufende Privatisierungsstrategie bedeutet nichts anderes als gesellschaftlichen und kulturellen Rückschritt. Das Kapital konzentriert sich in immer weniger Konzernen. Es will sich die ganze Welt untertan machen und alle Bereiche (wie Natur, Gesundheit, Kommunikation, Medien, Infrastruktur, Bildung und Kultur) der Profitmaximierung und Ausbeutung unterordnen.

Wir sagen aber: Was für die menschliche Gesellschaft von Bedeutung ist, das muss auch von der Gesellschaft verantwortet und demokratisch kontrolliert werden!

Wir fordern:

- Die vollständige Rückkehr zur gesellschaftlich verantworteten öffentlichen Daseinsfürsorge bei demokratischer Kontrolle durch die betroffenen NutzerInnen
- Die Vergesellschaftung der Infrastruktur, der großen Produktionsmittel, Geschäftsbanken und Versicherungsgesellschaften!

Für Vergesellschaftung reicht Verstaatlichung nicht aus. Zur Verstaatlichung muss die demokratische Kontrolle der Produktion durch die Belegschaften hinzukommen. Demokratische Kontrolle bedeutet auch, dass die Belegschaften gegen alle Entscheidungen der Geschäftsleitung ihr Veto einlegen können, durch die sie ihre Interessen beeinträchtigt sehen.

9 Internationale Solidarität stärken

Die kapitalistische Globalisierung untergräbt die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen, schafft immer mehr Ungleichheit und vernichtet die natürlichen Lebensgrundlagen.

Dagegen wird in zunehmendem Maße mit dem Rückzug auf den Nationalstaat und die nationalen Interessen geantwortet. Viele sehen darin heute einen rettenden Strohhalm, weil die sozialen Errungenschaften der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, weil Lebensstandard und Sozialstaat an den Nationalstaat gebunden zu sein schienen.

Doch indem sich die abhängig Beschäftigten und die Benachteiligten an den "eigenen" Staat und an die "eigenen" Herrschenden und Kapitalisten heften, liefern sie sich ihnen an Händen und Füßen gefesselt aus. Sie können dabei nur noch mehr verlieren.

Zum Rückzug auf das Nationale gibt es eine klare Alternative: den grenzüberschreitenden Kampf für soziale Mindeststandards nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt!



Demonstration gegen Rassismus in Mannheim, 3. Oktober 2018.

Manche linken Kräfte und auch Gewerkschaftsführungen würden das unterschreiben oder formulieren das selbst auf geduldigem Papier.

Wir fordern:

- -Konsequente Entwicklung wirksamer gemeinsamer Gegenmacht der Beschäftigten der transnationalen Konzerne
- -Organisation internationaler Solidarität entlang der globalen Wertschöpfungsketten in der Produktion, im Gesundheitswesen, im Kommunikations-, im Ver kehrs- und Transportsektor
- Sofortige Einleitung einer europaweiten Kampagne für Mindestlöhne, Grundsicherung und radikale Arbeitszeitverkürzung!

10 Unsere Rechte gemeinsam verteidigen

Unsere Vorschläge haben keinen Anspruch auf Vollständig-

Bildnachweis

Seite 2: helmut-roos@web.de. Seite 4: Avanti².

keit. Sie sind ein Angebot und ein Aufruf zur gemeinsamen Aktion. Sie richten sich an die zersplitterte politisch organisierte und nichtorganisierte Linke, an gewerkschaftlich Aktive innerhalb und außerhalb von Betrieben und an Engagierte in den vielfältigen Bewegungen gegen die Folgen des Kapitalismus.

Gleiche Rechte für alle! – Entwurf eines Aktionsprogramms

Nur gemeinsam können wir unsere Rechte verteidigen und die Welt grundlegend verändern. Abwarten ist dabei keine gute Idee. Wir sind bereit zur Zusammenarbeit vor Ort, regional, national und international. Wir können für unsere Alternativen bereits existierende Bündnisse und Komitees stärken und neue bilden. Es ist Zeit, gemeinsam aktiver zu werden!

Es gibt nichts Gutes, es sei denn man/frau tut es.

* [Dieser Text wurde für die Bundeskonferenz der ISO/IV. Internationale im Juni 2018 erstellt. Die Diskussion über ihn ist noch nicht abgeschlossen.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar Postfach 10 26 10 D-68026 Mannheim

Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54 Email: info@iso-4-rhein-neckar.de Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim